

Einfachste Bedürfnisse ...

Menschen mit Behinderung stoßen auch im Jahr 2025 allenthalben auf Barrieren. Der soziale Kahlschlag trifft sie besonders

Gitta Düperthal

Es war eine sehr besondere Demonstration an jenem Freitag Mitte November in Frankfurt am Main: »Lichtermeer für Inklusion«. Aufgerufen dazu hatten das Netzwerk »Care Revolution Rhein-Main« und der Verein »Solidarisch sorgen«. »Es ist ein fröhliches Miteinanderlaufen mit viel Leichtigkeit, es geht darum, sichtbar zu sein«, sagt Joke Hergert, Mutter einer 14jährigen Tochter mit Downsyndrom. Das ist ihr wichtig. Wie fast alle hier hat sie Lichterketten umgehängt oder Leuchtsticks dabei. Das Mädchen ist Arm in Arm mit einer Schulfreundin unterwegs, die sie unter ihre Fittiche genommen hat. Joke Hergert hält sich dezent im Hintergrund, jedoch ohne beide aus den Augen zu lassen. Dunkelheit ist angebrochen, für den trüben November ein erstaunlich klarer Abend. Es ist ein ausgesprochen sozialer Zug, der sich da auf den Weg macht. Ziel ist, darauf aufmerksam zu machen, wie anstrengend und schwer aktuelle politische Entscheidungen das Leben von Menschen mit Behinderung machen. Der Zusammenhalt unter ihnen und ihren jeweiligen Angehörigen ist bemerkenswert.

Im doppelten Wortsinn »leuchtende Beispiele« sind da unterwegs. Ein Vater, der seine Tochter mit beiden Armen stützt. Sie schafft es, eine ganze Weile so zu laufen. Man kann ihr ansehen, wie stolz sie darauf ist, so in Bewegung sein zu können. »Was bloß tun mit dem Rollstuhl?« sagt er wie zu sich selber. Der war hinter ihm stehengeblieben. »Ich nehme den mal so lange«, erklingt da wie selbstverständlich eine Stimme neben ihm. Kurz darauf gerät der Zug ins Stocken, weil auf dem Weg zum Frankfurter Römer unvermittelt eine Stufe just da auftaucht, wo man keine vermutet hätte. Ein Vater, der seinen Sohn in einem Holzwagen schiebt, bleibt stehen. Er wartet, um nachfolgenden Demonstrierenden Bescheid zu geben, damit bloß niemand stürzt. Die Sambagruppe »alles blech« begleitet mit Sambarhythmen. Tolle Stimmung! Soweit die gute Nachricht.

Missachtet und geleugnet

»Diese hohe Sensibilität für die Bedürfnisse anderer ist etwas Besonderes in dieser so von Neoliberalismus durchdrungenen Ellenbogengesellschaft«, sagt Elfriede Harth von »Care Revolution Rhein-Main« gegenüber junge Welt. »In Deutschland werden etwa fünf Millionen Menschen von Angehörigen gepflegt, sie sichern das Pflegesystem«, informiert eine Sprecherin des Netzwerks unter Applaus bei der Kundgebung später per Mikrofon. Ohne deren Arbeit würde das ganze System komplett zusammenbrechen. Die millionenfach meist von Frauen geleistete unbezahlt Arbeit werde aber missachtet und geleugnet. Für sie müsse es endlich eine angemessene Entlohnung geben, fordert die Rednerin. Statt dessen aber würden sie obendrein der Verschuldung

preisgegeben, weil Medikamente vielfach nicht finanziert würden, klagt sie. Eine notwendige Infrastruktur existiere nicht, inklusive Bildung werde entweder gar nicht oder allenfalls ungenügend realisiert. »Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist ein Menschenrecht und kein Akt der Fürsorge oder Gnade«, so ihre Kritik. Die von der Bundesregierung 2009 unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention werde nicht eingehalten. Diese Ansichten teilen hier die meisten, viele nicken dazu.

Jede und jeder bei der Demo hat Geschichten zu erzählen: wie im Alltag selbst einfachste Bedürfnisse ständig zum Problem werden, welche Energien das kostet. Jede Kleinigkeit muss quasi einzeln erkämpft werden, schimpft Gunther Jörg. Wenn er mit seiner etwas älteren Tochter mit Behinderung unterwegs ist und ihr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen will, werde ihm das extrem schwer gemacht. In der reichen Finanzmetropole am Main gebe es nur eine einzige barrierefreie Toilette, wo er seine erwachsene Tochter wickeln könne, etwas außerhalb der Innenstadt, schildert er das Versagen der Stadtregierung. Bei Bussen und Straßenbahnen sei oft keine Barrierefreiheit gegeben, kaputte Aufzüge zur U-Bahn seien mitunter wochenlang nicht repariert. Auch im Job würden pflegende Eltern kaum unterstützt. Beispiel: Es gebe kaum Parkplätze. Mit seiner Tochter werde er auf einer Warteliste zusammen mit Eltern von gesunden Kindern geführt. Nicht nur die Mobilität ist eingeschränkt, es fehle an Sozial- oder Ruheräumen in der Stadt. Da helfen keine salbungsvollen Sonntagspredigten, so funktioniert Ausgrenzung ganz real.

Astrid Bissinger vom Stadtelternbeirat in Frankfurt und stellvertretende Vorsitzende des Inklusionsausschusses beschreibt, was Angehörige für ihre Kinder leisten müssen, als »Rallye durch den Bürokratiedschungel«. Nach der Geburt des Kindes gelte es, zunächst eine Diagnostik zu erhalten, später dann inklusive Betreuung in Krippe oder Kindergarten. In der Schule gehe es weiter: Adaptierte Schulbücher oder digital aufgearbeitete Lernmittel, etwa für Sehbehinderte, fehlten in der Regel, genauso wie allzu oft Aufzüge in der Schule. Weiteres Thema: die Pflegestufeneinordnung und Tagesförderplätze fehlten auch nach dem 18. Lebensjahr. Mütter, »zu Privatsekretärinnen ihrer Kinder degradiert«, müssten aus dem Grund ihren Job aufgeben. So schildert Bissinger die nahezu endlose Liste von Missständen, die Eltern von Kindern mit Behinderung ständig mühselige Arbeit kosten.

Immer wieder zurückstecken

»Nicht die Menschen sind behindert, sondern das System«, fasst Elisabeth Dörre zusammen, die ehrenamtlich beim Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst in der Hanauer Landstraße mithalf, bis sie selbst im Alter Erfahrung mit eigenen körperlichen Gebrechen machen musste. Wenn die häusliche Pflege gar nicht mehr möglich ist, mangele es in Frankfurt an Pflegeheimen zur Unterbringung. Familien, die ein Mitglied mit Behinderung umsorgten, treffe zudem die Wohnungsnot mit besonderer Härte. Im Gespräch mit junge Welt erzählt Dörre die Geschichte eines Kindes, dessen Eltern keine barrierefreie Wohnung fanden. Ihr Kind hätten sie schließlich in einem Pflegeheim in Rheinland-Pfalz unterbringen müssen. Die weiten Wege, die sie für Besuche stets zurücklegen, belasteten die ganze Familie. Vor allem die Geschwister müssten aufgrund dessen ständig zurückstecken, weil die Eltern kaum mehr für sie Zeit haben. »Wie soll das bloß

weitergehen?« empört sich Dörre.

Auch Joke Herget hat Zukunftsängste, für sie wird nun deutlicher denn je erkennbar: »Der Sozialstaat wird politisch abgebaut, ohne jegliche Rücksichten auf die Schwächsten in der Gesellschaft.« Die AfD plane, wieder Förderschulen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung einzurichten: »Ein Schritt in die Richtung einer Ghettoisierung!« Dabei seien die Zustände jetzt schon für viele unerträglich. Menschen ab 18 Jahren mit einer Behinderung müssten, wenn die Pflege nicht mehr zu Hause gewährleistet werden kann, mangels eines Pflegeheims für junge Erwachsene öfter im Altersheim unterkommen, kritisiert Elfriede Harth im Gespräch. Das findet sie skandalös.

Annette Müller, ebenso bei »Care Revolution« organisiert, blickt insgesamt kritisch auf die »düstere gegenwärtige als auch künftig zu erwartende Lage«. Beim von der Union und SPD-geführten Bundesregierung angedrohten und bereits begonnenen Sozialabbau müsse man auf einiges gefasst sein. Ob CDU-Gesundheitspolitiker Hendrik Streeck eine medizinische Versorgung von Hochbetagten als zu teuer beurteilt; Unionsfraktionschef Jens Spahn für das Stopfen von Haushaltlöchern die Sozialausgaben generell kürzen, die Grundsicherung auf null zurückfahren und selbst aber keine Miete mehr zahlen will; oder bei Haushaltsdebatten Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen auf den Prüfstand gestellt werden: »Die Ärmsten werden geschröpft, eine Gruppe nach der anderen«, schimpft Müller. Im Netzwerk gelte es nun, all das miteinander zu diskutieren und eine gemeinsame politische Stoßrichtung zu entwickeln.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/513240>